

Der 17. Juni 1953



in unserer Region

Verehrte Bürgerinnen und Bürger!

Die 50-jährige Wiederkehr jener Tage und Wochen um den 17. Juni 1953 ist ein besonderer Anlass, die Ereignisse in unser Gedächtnis zurückzurufen.

Dieses Erinnern ist in doppelter Hinsicht wichtig. Einerseits sind 50 Jahre ein Zeitraum in dem vor allem für die jüngere Generation das Geschehen verblasst und andererseits nach wie vor die Pflicht besteht, jenen Volksaufstand des Jahres 1953 immer wieder darzustellen, um das Aufbegehren in seinem Wert für eine freiheitlich demokratische Grundordnung wach zu halten.

Die Geschehnisse des Juni 1953 endeten bekanntermaßen unter Panzerketten und es mussten einige Jahrzehnte vergehen, ehe es gelingen konnte, in einer friedlichen Revolution die beiden Teile Deutschlands wieder zusammenzuführen.

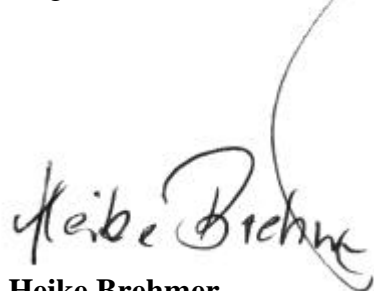
Möglicherweise auch eine Folge jener Erkenntnisse, die so schmerzhaft 1953 gemacht werden mussten.

Der Politiker der ersten Stunde, Carlo Schmid, hat einmal gesagt:

„Freiheit ist nur möglich, wenn man bereit ist, ein Risiko einzugehen, und ohne dieses Risiko der Freiheit gibt es keine lebendige Demokratie“.

Die vorliegende Broschüre reflektiert in beeindruckender Weise die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in unserer Region. Damit wurde zugleich ein Beitrag wider das Vergessen und wider die Gleichgültigkeit geleistet, denn es geht letztendlich darum, das hohe Gut unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu erhalten und zu schützen.

Ich danke all jenen, die am Entstehen dieser Broschüre Anteil hatten und empfehle sie einer aufgeschlossenen und interessierten Leserschaft.



Heike Brehmer
Landrätin

Verehrte Bürgerinnen und Bürger!

Der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni jährt sich im Jahre 2003 zum 50. Mal.

Er war die erste Massenerhebung im Machtbereich der Sowjetunion überhaupt und eines der Schlüsselereignisse, die den Weg der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Sommer 1990 mitbestimmt haben.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953, an dem sich landesweit mehr als eine halbe Millionen Menschen beteiligten, erfasste über 400 Orte und rund 600 Betriebe in der DDR.

Die sowjetischen Stadtkommandanten verhängten in 167 von 217 Städten und Landkreisen den Ausnahmezustand.

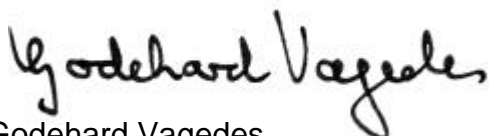
In bisherigen Veröffentlichungen wurden meistens die Geschehnisse in Großstädten wie beispielsweise in Berlin und Leipzig focussiert.

Frau Karin Trilck, eine Dozentin der Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, hat dies zum Anlass genommen, uns ganz bewusst konkrete lokale Ereignisse aus dem Bereich Aschersleben-Staßfurt nahe zu bringen.

So geht sie unter anderem auf die Rolle der heutigen Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, welche zur damaligen Zeit die Zentralschule der Deutschen Volkspolizei war, und deren Schüler ein. In diesem Zusammenhang werden die Erlebnisse eines Zeitzeugen geschildert.

In den kommenden Monaten wird man den ersten Volksaufstand in der DDR in zahlreichen Veranstaltungen unter unterschiedlichsten Gesichtspunkten würdigen, und sich derer erinnern, die in den Tagen um den 17. Juni 1953 für Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung kämpften.

Lassen Sie uns nie vergessen, dass Freiheit nichts Selbstverständliches ist. Nur durch stetes Engagement können wir sie auch für die Zukunft – für unsere Kinder - sichern.



Godehard Vagedes
Rektor
Fachhochschule der Polizei
des Landes Sachsen-Anhalt

Der 17. Juni 1953

- Ereignisse in den ehemaligen Kreisen Aschersleben und Staßfurt -

von Karin Trilck¹

Vorbemerkungen

Manche Geschichtsereignisse, die wir in der Schule vermittelt bekommen haben, vergisst man Zeit seines Lebens nicht. So weiß fast jeder, dass im Jahre 9 die Schlacht im Teutoburger Wald stattgefunden hat und mit dem Namen Spartakus verbinden wir den legendären Sklavenaufstand.

Fragen wir aber nach den Ereignissen des 17. Juni 1953, so wissen viele Menschen, besonders die der jüngeren Generation, nicht, was genau geschehen ist. Während das Ereignis in der Bundesrepublik dazu führte, den 17. Juni als Gedenktag zu begehen, wurde der Aufstand in der DDR als faschistischer Putschversuch abgestempelt und spielte in der Geschichtsbetrachtung eine untergeordnete Rolle.

In diesem Jahr jähren sich die Ereignisse zum fünfzigsten Mal und das ist Anlass, genauer zu untersuchen, was damals geschah. In den Medien findet man zurzeit verstärkt Publikationen zu diesem Ereignis.

Mich interessiert besonders die Region Aschersleben/Staßfurt, da ich in diesem Gebiet aufgewachsen bin, die Schule besucht habe und heute an der Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt unterrichte.

So ist die Frage interessant, wie die ehemalige Polizeischule (VP-Schule) in Aschersleben, wo Teile der Staatsmacht ausgebildet worden waren, in die Ereignisse des 17. Juni einbezogen wurde und wo man die ehemaligen Polizeischüler (VP-Schüler) einsetzte. Außerdem ist es wissenswert zu erfahren, in welchen Ascherslebener bzw. Staßfurter Betrieben gestreikt worden ist. Wie viele Menschen nahmen an Streiks und Demonstrationen teil und was passierte auf dem Lande? Wie reagierte die Staatsmacht?

¹ Die Autorin, 1955 in Magdeburg geboren, wuchs in Staßfurt auf. Sie machte dort ihr Abitur und studierte von 1973 bis 1977 an der Leipziger Universität. Als Diplomlehrerin für Deutsch und Geschichte arbeitete sie in Weißenfels, Halle-Neustadt und Aschersleben. Zurzeit unterrichtet Frau Trilck an der Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt die Fächer Deutsch und Politische Bildung.

Auf diese Fragen sollen Antworten gegeben werden, aber gleichzeitig weise ich darauf hin, dass einzelne Beispiele ausgewählt worden sind, d. h. Anspruch auf Vollständigkeit erhebt diese Arbeit nicht.

Für die Recherche über Aschersleben standen Akten der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Halle, für die Nachforschungen über die Juni-Ereignisse in Staßfurt Berichte der ehemaligen Kreis- und Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zur Verfügung.²

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im genannten Gebiet werden chronologisch abgehandelt.

Ursachen des Aufstandes vom 17. Juni 1953

1953 war die DDR gerade vier Jahre alt. Bereits 1952 beschloss die 2. Parteikonferenz den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR. Dazu sollten vor allem die Schwerindustrie aufgebaut und die Arbeitsnormen erhöht werden. Die Staatsspitze mit Ulbricht, Pieck und Grotewohl hatte mit enormen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, die sich natürlich auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung auswirkten. Zum einen waren die Reparationen, die man an die Sowjetunion zahlte, und zum anderen die fehlende Schwerindustrie Gründe für die miserable Lage. Außerdem wurde Geld für den Auf- und Ausbau der Staatsmacht sowie die Sicherung der Grenzen benötigt. Im Mai 1952 schuf man an der Grenze zur Bundesrepublik ein dichtes Sperrsystem. Die Schaffung einer Armee wurde ebenfalls auf der 2. Parteikonferenz beschlossen. Zuerst organisierte man die Kasernierte Volkspolizei (KVP), die Ende 1952 90 200 Mann stark war. Des Weiteren zahlte die DDR die Besatzungskosten für die stationierte Sowjetarmee. Sämtliche Militärausgaben betrug 1953 rund 3,5 Milliarden Mark, was ca. 10 Prozent des gesamten Staatshaushaltes ausmachte.³

Die Bevölkerung aber lebte immer noch mit Lebensmittelkarten, Kohle gab es auch nur auf Zuteilung und Stromabschaltungen für private Haushalte waren an der Tagesordnung. Die Konsumgüterproduktion war der Schwerindustrieproduktion untergeordnet.

² Mein Dank gilt auch Frau Fricke, einer Mitarbeiterin des Staßfurter Stadtarchivs, die mir vorhandenes Material zur Verfügung stellte.

³ Thomas Flemming: Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953. be.bra verlag GmbH, Berlin-Brandenburg, 2003, S. 17 ff.

Im Sommer bzw. Herbst 1952 mussten die Bauern eine Missernte hinnehmen, so dass sich die Lebensmittel verknappten und eine Versorgungssituation wie im Jahr 1947 herrschte. Des Weiteren übte die DDR-Regierung Druck auf die Privatindustrie und die Privatbauern aus. So trieb man die Kollektivierung der Landwirtschaft voran, was viele Mittelbauern in Bedrängnis brachte. Willkürlich erhöhte der Staat das Ablieferungssoll bei Privatbauern. Steuern, die neu erlassen wurden, betrafen vor allem die Privatbetriebe. Mit Gegnern ging die DDR-Führung nicht sanft um, eine politisch-motivierte Verhaftungswelle erfasste das Land. Man wollte „kapitalistische Elemente“ und das „alte Denken“ überwinden. Der Staat ging auch gegen kirchliche Jugendgruppen vor. Die Junge Gemeinde sowie kirchliche Studentengruppen wurden zu illegalen Organisationen erklärt. Eine Jugend, die sich an christlichen Werten orientierte, wollte die SED-Führung nicht.

In dieser Situation erhöhte der Staat außerdem noch die Arbeitsnormen, die teilweise aus den dreißiger Jahren stammten. Da in der DDR äußerst niedrige Grundlöhne existierten, konnten die Werktätigen bei Normüberschreitungen den Lohn aufbessern. Die Normerhöhungen bedeuteten also einen realen Lohnverlust. Diese äußerst unbefriedigende Situation führte schon vor dem 17. Juni 1953 zu Streiks.⁴

Im Dezember 1952 wollte man in Schwermaschinenbaubetrieben Magdeburgs das obligatorische Weihnachtsgeld für alle Werktätigen abschaffen. Dafür sollte es eine leistungsabhängige Jahresendprämie geben. Aus diesem Grunde legten etwa 10 000 Beschäftigte die Arbeit in der Woche vom 12. - 16.12.1952 nieder.⁵

Viele DDR-Bürger sahen ihre Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland und verließen ihre Heimat. Diese unbefriedigende Lage im Osten Deutschlands veranlasste die sowjetische Führung einzugreifen. Führende DDR-Politiker, Ulbricht, Grotewohl, Oelßner, mussten nach Moskau, um dort Anweisungen für eine neue politische Richtlinie in Empfang zu nehmen.

Die dort diktierten Vorgaben wurden von der DDR-Führung am 9. Juni als neuer Kurs proklamiert. Dieser sollte bei Beibehaltung der Normerhöhungen die Bevölkerung besser mit Gebrauchsgütern versorgen, ohne die schwerindustrielle Grundlage zu gefährden. Außerdem ließ man Verhaftete frei, fuhr die Maßnahmen gegen die Kirche zurück und übte in den Medien Selbstkritik.⁶

⁴ Löhn, Hans-Peter: Vortrag an der Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt am 07.05.2003. Die Reaktionen der Ordnungskräfte während des Aufstandes am 17. Juni 1953 am Beispiel der Vorgänge in der Stadt Halle.

⁵ Wilfried Lübeck: Der 17. Juni in Magdeburg. In: Polizei-Kurier Sachsen-Anhalt, Hrsg. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, 2003, Heft 1, S. 22

⁶ Thomas Flemming: Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953. be.bra verlag GmbH, Berlin-Brandenburg, 2003, S. 37 ff.

So veröffentlichte die Mitteldeutsche Tageszeitung „Freiheit“ in ihrer Ausgabe vom 12. Juni 1953 das Kommuniqué der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 9. Juni 1953. Darin vermerkte man, dass eine Reihe von Fehlern begangen worden waren.⁷

In der nächsten Ausgabe, am 13.06.1953 setzte man den Leser in Kenntnis über die vom Ministerrat der DDR beschlossenen Änderungen.

1. Aufhebung der Beschränkung für die Ausgabe von Lebensmitteln
2. Rücknahme der Preiserhöhungen bei der HO
3. Aussetzung der Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Steuerrückständen in der Wirtschaft, bei Klein-, Mittel- und Großbauern, Handwerkern, Einzel- und Großhändlern
4. Rückgabe von Betrieben an Einzel- und Großhändler
5. Fahrpreisermäßigung von 50 % für Arbeiterrückfahrkarten
6. Anerkennung der vollen Bürgerrechte bei Rückkehr von Republikflüchtigen.⁸

Trotz der neuen Regierungsmaßnahmen begannen in Berlin die Bauarbeiter zu streiken, denn das Vertrauen in die Regierungspolitik war zerstört.

Zentren des Volksaufstandes waren neben Berlin vor allem die mitteldeutschen Gebiete, wie z. B. Merseburg, Wolfen, Bitterfeld, Halle, Magdeburg, also Regionen, in denen die Industrie konzentriert war.

Ereignisse im Gebiet Aschersleben

In der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1953 erhielt der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle (BDVP) vom Generalinspekteur S. die Anweisung, Transportraum für 550 Mann und die höchstmögliche Zahl an Waffen und Polizeiknüppeln auf den Weg zur Zentralschule nach Aschersleben zu bringen, damit der dortige Lehrgang auf dem schnellsten Weg nach Berlin transportiert werden könnte.

⁷ Kommuniqué der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 9. Juni 1953 In: Mitteldeutsche Tageszeitung „Freiheit“, 8. Jg., Nr. 134, S. 1

⁸ Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrates vom 11. Juni 1953 In: Mitteldeutsche Tageszeitung „Freiheit“, 8. Jg., Nr. 134, S. 1

Die Polizeischüler sollten in der Hauptstadt zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit eingesetzt werden.⁹ Der DDR-Führung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewusst, dass die Berliner Ereignisse flächendeckend auf die übrige DDR übergreifen würden.

Ein ehemaliger Lehrgangsteilnehmer der VP-Schule, damals 28 Jahre alt, erinnerte sich, dass am Nachmittag des 16. Juni eine Ausgangssperre sowohl für die Schüler als auch für die Lehrkräfte verhängt wurde. Allen war es nun klar, dass ein operativer Einsatz bevorstand. Da das Hören von westlichen Sendern verboten war, wusste die Mehrzahl der Polizisten nichts von den Berliner Ereignissen.

Zwischen 18 und 20 Uhr, so erinnerte sich der Zeitzeuge, bekamen die Dienstvorgesetzten den Einsatzbefehl und informierten daraufhin die Schüler. Die VP-Angehörigen empfangen ihre Dienstpistole, aber Gewehre, Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre gehörten nicht zur Bewaffnung. Als Nächstes wurde die Marschbereitschaft hergestellt, aber der Einsatzort war für die Polizisten unbekannt. In den Abendstunden des 16. Juni erfolgte die Abfahrt in Richtung Pretzsch. Unterwegs wurde ihnen mitgeteilt, dass die Konkretisierung der Einsatzaufgaben noch erfolgen würde. Aus taktischen Gründen, so der Zeitzeuge, änderte man die Fahrtrichtung und fuhr bei Torgau über die Elbe und weiter in Richtung Cottbus. Nun erfuhren die VP-Schüler das konkrete Ziel. Der Einsatzbefehl besagte, dass die Einheiten in Berlin für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu sorgen hatten. Dort traf man am frühen Morgen des 17. Juni 1953 ein und bekam den konkreten Einsatzort benannt.

Der ehemalige Schüler war in der Bornholmer Straße zur Sicherung der Sektorengrenze eingesetzt. Mit seinen Genossen hatte er die Aufgabe, Menschenansammlungen zu verhindern und Personen festzunehmen, die die Grenze übertreten wollten. Während seines Dienstes sollte die Schusswaffe nach Vorschrift oder auf besonderen Befehl eingesetzt werden.

Der Zeitzeuge berichtete, dass es zu Warnschussabgaben und Verhaftungen gekommen sei.

Für die Polizeischüler dauerte der Einsatz ca. 14 Tage. Während dieser Zeit ruhte der gesamte Schulbetrieb an der VP-Schule.¹⁰

⁹ LA Merseburg, Archivgut des Mdl, Bestand Nr. 19, Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Band 075, Blatt 10

¹⁰ Bericht eines Zeitzeugen, der unbenannt bleiben wollte.

Während die VP-Schüler in Berlin ihren Dienst verrichteten, griff der Aufstand auf Aschersleben und Umgebung über. In elf Betrieben streikten ca. 2 100 Personen.¹¹

Bereits am 17. Juni führten ca. 150 Kumpel im Braunkohlenkombinat Königsau zu Beginn der Frühschicht (06:30 Uhr) eine Streikversammlung durch. Die gestellten Forderungen lauteten:

- *Rücktritt der Regierung,*
- *Entfernung der ersten Sekretäre der SED sowie*
- *sofortige Entlassung der politischen Häftlinge.*

Insgesamt handelte es sich um 13 Programmpunkte, die nicht alle in der Quelle genannt wurden.

Am Beispiel der Streikbewegung in Königsau kann gezeigt werden, wie die Staatsmacht reagierte. Bereits gegen 8 Uhr wurde das Volkspolizeikreisamt (VPKA) verständigt. Von hier ging drei Minuten später die Meldung an die sowjetische Kommandantur, an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sowie die Kreisleitung der SED weiter. Außerdem informierte man die BDVP, die inzwischen einen Einsatzstab gebildet hatte. Die Kriminalpolizei wurde in Verbindung mit dem Ministerium für Staatssicherheit und dem Betriebsschutzamt angewiesen, die „Hauptträdelsführer“ und Initiatoren festzustellen und zu registrieren.¹²

Eine ähnlich brisante Situation zeigte sich auch am 17. Juni im Braunkohlenkombinat Nachterstedt. Circa 200 Menschen nahmen an einer Streikversammlung teil, deren Mitinitiator der Abteilungsleiter K. der Schwelerei war. Die Forderungen der Nachterstedter Kumpel glichen denen in Königsau, ebenso war das Vorgehen der Staatsorgane gleich.¹³

Am 19. Juni überreichte der Abteilungsleiter K. dem sowjetischen Kommandanten die Forderungen der Kumpel. Anschließend kehrte er in seinen Betrieb zurück, wo bei seinem Erscheinen in der Schwelerei der Streik ausbrach.

Sofort setzte man starke Einsatzkräfte und sowjetische Soldaten mit dem Ziel in Gang, die „Hauptträdelsführer“ und Initiatoren der Streikbewegung zu verhaften. Der Betriebsschutz musste bis zum Eintreffen der Einsatzkräfte die Ein- und Ausgänge des Werkes besetzen. Polizei und sowjetische Soldaten beendeten den Streik, K. und

¹¹ LA Merseburg: Archivgut des Mdl, Bestand Nr. 19, BDVP Halle, Band 075, Blatt 30

¹² a. a. O., Band 073, Blatt 19

¹³ ebenda

andere „Haupträdelsführer“ verhaftete man und übergab sie dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Daraufhin nahmen die Nachterstedter die Arbeit wieder auf.¹⁴ Auch die Arbeiter im VEB Baumaschinen Gatersleben stellten in einer Betriebsversammlung Forderungen auf, die vollständig überliefert wurden.

Als Erstes forderten die Belegschaftsmitglieder die Einheit Deutschlands, den Abschluss eines Friedensvertrages sowie den Abzug der Besatzungstruppen. Die politischen Forderungen bildeten die Spitze des Programms. Dann folgten Vorstellungen, die zeigten, auf welche Art und Weise Deutschland geeinigt werden könnte. Zuerst sollte eine Viermächtekonferenz einberufen werden, um in der Deutschlandfrage endgültig Klarheit zu schaffen. Eine freie und geheime Wahl in ganz Deutschland war für die Gaterslebener Voraussetzung, um noch 1953 eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden. Dann mahnten die Werktätigen ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung an. Wirtschaftliche bzw. soziale Forderungen folgten, so zum Beispiel:

- ↘ *Senkung der Lebensmittelpreise*
- ↘ *freier Handel*
- ↘ *Freistellung der Altersrentner aus den Betrieben*
Dazu sei es erforderlich, das Rentenalter bei Männern auf 60 und bei Frauen auf 55 Jahre festzulegen. Erhöhung der Rentenbeträge auf den doppelten Betrag
- ↘ *freie Berufswahl entsprechend den Wünschen eines jeden Einzelnen*
- ↘ *Festlegung der Lehrzeit auf drei Jahre*
- ↘ *Abschaffung des Normsystems dafür*
- ↘ *Einsetzen eines differenzierten Stundenlohnes.*

Nicht nur innenpolitische Probleme bewegten die Bevölkerung, sondern auch Bereiche der Außenpolitik wurden tangiert, weil diese wiederum auf persönliche Lebenslagen Einfluss hatten. So sollte auf einer Viermächtekonferenz die endgültige Klärung der Oder-Neiße-Grenze herbeigeführt werden, denn die Umsiedler wollten in ihre alte Heimat zurück. Das Volk verlangte die Aufklärung über die bereits gezahlten und noch zu zahlenden Reparationen. Außerdem verlangten die Gaterslebener Arbeiter die Zahlung einer Kriegsbeschädigtenrente an Betroffene. Zum Schluss ihrer Prokla-

¹⁴ ebenda, Blatt 20

mationen verwiesen die Arbeiter auf die DDR Verfassung: Die Gewalt geht vom Volke aus.¹⁵

Das Programm, das im VEB Baumaschinen Gatersleben aufgestellt wurde, zeigte ein großes politisches Selbstbewusstsein. Die Forderungen waren durchdacht, der Einheitswille, der in der ostdeutschen Bevölkerung vorhanden war, kam zum Ausdruck.

Gerade dieses Beispiel zeigt, wie tragisch es ist, dass der Aufstand vom 17. Juni 1953 nicht von Erfolg gekrönt war. Die deutsch-deutsche Geschichte wäre nicht vierzig Jahre, sondern nur vier Jahre unterbrochen gewesen, welche eine Ausgangslage ...

Wenn auch eine gesamtdeutsche Regierung, eingebettet im europäischen Rahmen, nicht jede Forderung der Werktätigen hätte erfüllen können, so wäre die Vereinigung zu diesem Zeitpunkt ein Meilenstein in der europäischen Politik geworden. 1953 bot die internationale Lage, bedingt durch den kalten Krieg und die Existenz zweier starker Systemmächte – Vereinigte Staaten von Amerika und Sowjetunion - keinen günstigen Rahmen für eine deutsche Wiedervereinigung.

Am 18. Juni 1953 kam es in der Ascherslebener Werkzeugmaschinenfabrik (Wema III) zu einer Streikversammlung, an der sich ca. 100 Arbeiter beteiligten, einschließlich Kollegen von der Bauunion Magdeburg, die zu dieser Zeit in der Wema tätig waren. Die Arbeiter stellten sieben Forderungen auf, die im genauen Wortlaut nicht überliefert wurden.¹⁶

Wie in den anderen Fällen gingen die Staatsorgane in gleicher Weise vor. Kommandantur, Kreisleitung sowie die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) wurden informiert, ebenso sollten die Provokateure und Hauptinitiatoren der Versammlung festgestellt werden. Man setzte einen Einsatzzug der Polizei ein, der in den Betrieb einrückte und die Verhängung des Ausnahmezustandes bekannt gab.¹⁷

Beim Eintreffen der Polizei brachen die Arbeiter den Streik zunächst ab und nahmen ihre Arbeit wieder auf. Die Situation hatte sich aber nicht beruhigt, denn um 15:00 Uhr wollten die Arbeiter aus den Wema-Werken II und III zum drei Kilometer entfernten Werk I, um auch dort eine Streikversammlung durchzuführen.¹⁸

Die Polizei rückte zum Werk I vor und sollte die sich vor dem Werktor befindenden Personen „zerstreuen“. Zu Tötlichkeiten, so der Bericht der Kreisleitung, sei es nicht gekommen.

¹⁵ ebenda, Blatt 223 f.

¹⁶ ebenda, Blatt 20

¹⁷ ebenda, Blatt 20

¹⁸ ebenda, Blatt 50

Im Pflanzeninstitut Gatersleben streikten am 20. Juni ca. 130 Angehörige der Abteilung Gartenbau. Die Anführer konnten ermittelt werden und Kriminalisten und Angehörige des MfS nahmen diese fest. Ihren Unmut machten sieben Genossen der SED Luft, indem sie bereits am 19. Juni 1953 ihre Parteidokumente beim Verlassen des Instituts in die Pförtnerstube warfen. Das wiederholten fünf Parteigenossen einen Tag später. Ein SED-Mitglied gab seinen Ausweis dem Parteisekretär, der das Parteibuch erst gar nicht annahm. Daraufhin verbrannte der Ausweisinhaber sein Dokument.¹⁹

Auf dem Lande kam es ebenfalls zu Arbeitsniederlegungen und Einzelaktionen. So verbreitete der Gastwirt in der Gemeinde Welbsleben öffentlich RIAS-Nachrichten. Daraufhin wurde er von zwei Kriminalisten unter Abgabe von 20 Warnschüssen verhaftet. Aufgrund dieser Maßnahme fanden sich die Einwohner des Ortes zusammen und forderten seine Freilassung. In einer Meldung vom 18. Juni 1953 wird lakonisch vermerkt: „Zu direkten Ausschreitungen kam es nicht.“²⁰ Die Akten geben keine Auskunft darüber, wie sich das weitere Schicksal des Gastwirtes oder des Nachterstedter Abteilungsleiters K. gestaltete.

Übrigens sorgten der RIAS – Rundfunk Im Amerikanischen Sektor – sowie der Norddeutsche Rundfunk dafür, dass die Ereignisse in Berlin in der ganzen DDR publik gemacht wurden.²¹

Aktenkundig ist belegt, dass im Bezirk Halle bis zum 19. Juni 1953 (21:40 Uhr) 246 Personen festgenommen worden sind. Darunter befanden sich fünf Großbauern, fünf werktätige Bauern, sechs LPG-Mitglieder, 34 Facharbeiter, 140 Arbeiter, eine Hausfrau, zwölf Handwerker bzw. Händler, ein Angehöriger der Intelligenz sowie 35 Angestellte. Die Quelle vermerkt weiter, dass unter den Festgenommenen 22 Personen der SED, fünf dem Demokratischen Bauernbund (DBD), eine der Liberal Demokratischen Partei (LDPD) sowie der National-Demokratischen Partei (NDPD) angehört haben.²²

Bis zum 20. Juni gab es 441 Verhaftungen im Bezirk. Die Tendenz war steigend.²³

Auf dem Lande kam es zu Auflösungserscheinungen in mehreren LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften), so z. B. in den Kreisen Hettstedt und Eisleben.

¹⁹ a. a. O., Band 074, Blatt 24

²⁰ a. a. O., Band 073, Blatt 61

²¹ Löhn, Hans-Peter: Vortrag an der Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt am 07.05.2003. Die Reaktionen der Ordnungskräfte während des Aufstandes am 17. Juni 1953 am Beispiel der Vorgänge der Stadt Halle.

²² ebenda, Blatt 244

²³ a. a. O., Band 074, Blatt 32

Betroffen waren vor allem Kreise, welche unmittelbar an größere Industriebetriebe angrenzten. Im Kreis Hettstedt wurde in der LPG Heiligenthal die Arbeit niedergelegt, da im Patenschaftsbetrieb, dem „Otto-Brosowski-Schacht“, mehrere Personen festgenommen worden waren.²⁴

Im Kreis Aschersleben gab es Beispiele, die belegten, dass auch in kleineren Gemeinden die Ereignisse, die in Berlin ihren Anfang nahmen, Auswirkungen zeigten.

Der Abschnittsbevollmächtigte (ABV) aus Schadeleben meldete, dass der erste Sekretär der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe der (VdgB) gemeinsam mit dem Bürgermeister eine Bauernversammlung einberufen habe, in der ein 15-Punkte-Programm mit „faschistischen“ Forderungen aufgestellt worden sei. Auch in Hoym, Hausneindorf und Ermsleben legten Arbeiter der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) die Arbeit nieder.²⁵

Das Volkspolizeikreisamt meldete am 19. Juni, dass an die Gehöfte der LPG-Bauern in Reinstedt mit Kreide folgende Losungen angeschrieben worden waren.

- LPG-Bauern schließt euch dem Massenstreik an
- Nieder mit den sowjetischen Ausbeutermethoden
- Nieder mit den bolschewistischen Handlangern
- Wir fordern freie und geheime Wahlen.²⁶

Ereignisse im Gebiet Staßfurt

Wie auch in Aschersleben und Umgebung kam es im benachbarten Kreis Staßfurt zu Arbeitsniederlegungen.

Die ersten Signale sendeten Förderstedt, Atzendorf und Etgersleben, wo man Transparente abgerissen hatte. In Etgersleben gab es eine Demonstration, außerdem bedrohte man den Bürgermeister.²⁷

In der Kreisstadt Staßfurt war der Betrieb NAGEMA-Maschinen- und Apparatebau ein Zentrum der Streikbewegung. Dort hatten am 17. Juni, 22:40 Uhr, 30 bis 40 Kollegen der Kleindreherei die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter aus der Kesselschmiede

²⁴ a. a. O., Band 073, Blatt 69

²⁵ ebenda, Blatt 64

²⁶ a. a. O., Band 075, Blatt 249

²⁷ Zentrales Archiv des Mdi – HDVP/Bestand 18/18/172 bis 18//181, Blatt 185 (Kreisanalyse über die Ereignisse vom 17.06.53 – geschrieben von der Kreispartei-Kontrollkommission der SED am 15.09.1953)

schlossen sich an, so dass bis 03:40 Uhr ca. 60 - 65 Personen nicht arbeiteten.²⁸ Auch am 18. 6. wurde im Betrieb die Arbeit nicht wieder aufgenommen und eine fünfköpfige Streikleitung gewählt. Diese fuhr mit einem Wagen der VP, der sie eigentlich zur Kreisverwaltung bringen sollte, zum Soda-Werk, um dort die Belegschaft zum Streiken zu überreden. Anschließend begaben sie sich mit der gleichen Absicht zum RFT-Stern-Radio, wo sie verhaftet wurden.²⁹ In der Festschrift – Von der Maschinenfabrik „Sauerbray“ zum Sozialistischen Großbetrieb CAS – aus der 125-jährigen Geschichte des VEB CAS in Staßfurt – die 1988 entstand, ist zu lesen, dass Arbeiter aus den Soda-Werken die Streikleitung der NAGEMA festsetzten und sie dann den zuständigen staatlichen Organen übergaben, so dass sie gar nicht erst zum Betrieb RFT-Stern-Radio kamen.³⁰

Im Bericht der Kreispartei-Kontrollkommission (KPKK), verfasst im September 1953, vermerkte man, dass von den fünf Personen der Streikleitung drei „in den Westen“ gingen, eine Person aus dem Betrieb entlassen wurde und eine noch im Betrieb arbeite.³¹ Im Buch „Das war das 20. Jahrhundert im Bördekreis/Kreis Staßfurt“ findet man folgende Episode zum 17. Juni 1953:

Mit Panzern sperren Sowjetsoldaten die Atzendorfer Straße ab. Innerhalb weniger Minuten sollte das Werk aufgrund des Ausnahmezustandes geräumt werden. Auch am 19. Juni streikten die Arbeiter der NAGEMA noch. Wieder standen Panzer vor dem Betrieb. Ein Arbeiter sagte: „Unter der Bedrohung von Panzern und MG arbeite ich nicht.“ Er stand auf, verließ, gefolgt von anderen Arbeitern, den Raum. Sprachlos ließen Sowjets und Werkschutz die Arbeiter ziehen.³²

Der Ausnahmezustand, der für viele Gebiete in der DDR in diesen Tagen typisch war, wird auch am 18. Juni, 06:00 Uhr, über den Kreis Staßfurt verhängt.

In der Tageszeitung „Volksstimme“ vom 18. Juni 1953 erfährt man aber, dass für den Bezirk Magdeburg schon am 17. Juni ab 14:00 Uhr der Ausnahmezustand gegolten habe.³³

²⁸ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. P 13, SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/20/50, S. 114 f.

²⁹ a. a. O., IV/2/4/25, S. 185

³⁰ 125 Jahre Chemieanlagenbau Staßfurt – Von der Maschinenfabrik „Sauerbray“ zum sozialistischen Großbetrieb CAS – herausgegeben von der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB CAS Staßfurt 1988, S. 63

³¹ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. P 13, SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/4/25, S. 185

³² Das war das 20. Jahrhundert im Bördekreis/Kreis Staßfurt: Wartberg Verlag GmbH & Co. KG, Gudensberg-Gleichen, 1. Aufl., S. 57

³³ Volksstimme, Organ der Bezirksleitung Magdeburg der SED, 7. Jg., Nr. 138, S. 1

Volkstimme

Organ der Bezirksleitung Magdeburg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

7. Jahrgang -- Nr. 138

Staßfurt, Donnerstag, 18. Juni 1953

Preis 15 Pfennig

BEFehl des Militärkommandanten des Bezirkes Magdeburg

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung wird befohlen:

1. Ab 14 Uhr des 17. Juni 1953 wird für den Bezirk Magdeburg der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und Ansammlungen über drei Personen werden
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern, Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 21 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach dem Kriegsgesetz bestraft.

Militärkommando für den Bezirk Magdeburg

Bekanntmachung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung sind von feindschaftlichen und anderen reaktionären Elementen in West-Berlin mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung im demokratischen Sektor von Berlin beantwortet worden. Diese Provokationen stellen die Herstellung der Einheit Deutschlands schwerer.

Der Anlaß für die Arbeitsniederlegung der Arbeiter in Berlin ist durch den ostrizigen Beschluß in der Normenfrage fortgefallen.

Die Unruhen, zu denen es danach gekommen ist, sind das Werk von Provokateuren und imperialistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfersbelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen. Diese Kräfte sind mit der

demokratischen Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Verbesserung der Lage der Bevölkerung organisiert, unzufrieden. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf:

1. Die Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt zu unterstützen und die Bedingungen für eine normale und ruhige Arbeit in den Betrieben zu schaffen.

Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten

Der Beschluß der Regierung über die Erhöhung der Arbeitsnormen vom 20. Mai 1953 ist aufgehoben. Die einzelnen Ministerien sind mit der Durchführung dieser Maßnahmen beauftragt.

Otto Grotewohl, Ministerpräsident.

stößen und die Bedingungen für eine normale und ruhige Arbeit in den Betrieben zu schaffen.

2. Die Schuldigen an den Unruhen werden zur Verantwortung gezogen und streng bestraft. Die Arbeiter und alle ehrlichen Bürger werden aufgefordert, die Provokateure zu ergreifen und den Staatsorganen zu übergeben.

3. Es ist notwendig, daß die Arbeiter und die technische Intelligenz in Zusammenarbeit mit den Machtorganen selbst die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Arbeitsverlaufes ergreifen.

Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Otto Grotewohl, Ministerpräsident,
Berlin, den 17. Juni 1953.

Am 18.06. setzte die BDVP Magdeburg ein Blitzfernschreiben ab, in dem von 6 000 Teilnehmern einer Demonstration in Staßfurt berichtet wurde. Außerdem nannte man hier die allgemeinen Losungen der Streikenden/Demonstrierenden.

- ↘ *Absetzen der Regierung*
- ↘ *Aufheben des Ausnahmezustandes*
- ↘ *Senkung der HO-Preise um 40 %*
- ↘ *weg mit den Zonengrenzen*
- ↘ *freie Wahlen*
- ↘ *keine Normerhöhungen*³⁴

Nicht nur in Staßfurt demonstrierten und streikten die Arbeiter, auch in Wernigerode, Halberstadt, Stendal sowie Tangerhütte ähnelte sich die Situation.³⁵

Am 19. Juni meldete die Bezirksbehörde der VP an die Bezirksleitung der SED, dass noch in der NAGEMA, in der Möbelfabrik, im Stern-Radio sowie der Firma Wittigstahl gestreikt wurde. Erste Rädelsführer habe man in der NAGEMA und der Möbelfabrik festgenommen. Die sich bildenden Streikleitungen sollten ermittelt und beseitigt werden. Angriffe auf die Volkspolizei gäbe es nicht.³⁶

Am gleichen Tag beschloss die Kreismilitärkommandantur verschärfte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, so z. B.

- Versamlungsverbot in den Betrieben,
- nur Gruppen bis zu fünf Personen dürfen zusammenstehen,
- Aufforderung die Arbeit aufzunehmen oder den Betrieb zu verlassen.³⁷

Als diese Anordnungen bekannt gemacht wurden, fand im RFT Stern-Radio gerade eine Versammlung statt. Spontan entschloss man sich, den Betrieb geschlossen zu verlassen. Daraufhin wurden vier „Rädelsführer“ der Streikleitung verhaftet.³⁸

In den Soda-Werken „Fred Oelßner“ bewirkte die Streikleitung der NAGEMA (18.06.), dass sich die Belegschaft versammelte. Laut Archivmaterial gelang es den

³⁴ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. P 13, SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/20/52, S. 3

³⁵ ebenda

³⁶ a. a. O., S. 99 f.

³⁷ a. a. O., S. 124

³⁸ a. a. O., S. 127

Funktionären des Betriebes und der Kreisleitung der SED, den Streik zu verhindern. Ein Schreiben folgenden Inhalts wurde an die Belegschaft der NAGEMA gesendet.

„Kolleginnen und Kollegen der NAGEMA!

Die Vertreter aller Abteilungen der Soda-Werke „Fred Oelsßner“ Staßfurt können sich nicht mit den Maßnahmen der Kollegen der NAGEMA solidarisch erklären und fordern alle Kollegen der NAGEMA auf, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, damit in Recht und Ordnung der gesamte Produktionsablauf wieder hergestellt wird und der Ausnahmezustand wieder aufgehoben werden kann.

*Die Belegschaftsvertreter der VEB Soda Werke
„Fred Oelsßner“ Staßfurt
(ca. 150 Unterschriften)³⁹*

Trotz des Briefes forderten der Genosse G . und der Kollege H. die Freilassung der verhafteten NAGEMA-Kollegen. Sie drohten mit Streik, wenn die Forderungen nicht erfüllt würden.

Daraufhin erfolgte eine Aussprache bei der Kommandantur. Danach nahm die Belegschaft der Soda-Werke die Arbeit wieder auf.⁴⁰

Leider kann ich zu dieser Aussprache keine Angaben machen. Es wäre interessant zu erfahren, wie sie verlief und wie Vertreter der Kommandantur reagierten.

Erwähnen möchte ich noch, dass auch die Arbeiter in der Möbelfabrik Staßfurt die Arbeit niederlegten. Ein Kollege, der „auführerische“ Reden führte, wurde verhaftet. Der 1. Sekretär der Betriebsparteiorganisation bekam den Auftrag, Agitatoren zusammenzunehmen und die Belegschaft über ihre verkehrte Handlungsweise aufzuklären, was aber keinen besonderen Erfolg brachte.⁴¹

Im Kreisgebiet gab es z. B. am 18. Juni 1953 Unruhen in der MTS Schneidlingen. Die Belegschaft entsandte eine Delegation zur Kreisleitung, die folgende Forderungen überreichte:

³⁹ a. a. O., S. 118

⁴⁰ a. a. O., S. 128

⁴¹ a. a. O., S. 121

- keine Benachteiligung für Personen, die frei diskutieren
- Solidarität mit den streikenden Arbeitern der DDR
- Abzug der sowjetischen Panzer aus den streikenden Orten
- Abzug aller Besatzungstruppen
- freie Wahlen
- Ablösung der Regierung der DDR
- Abzug der Politabteilungen aus den Stationen - Geld kann zweckmäßiger verwendet werden
- keine Politik während der Arbeit, sondern nach Feierabend auf freiwilliger Basis
- Abschaffung des Leistungslohnes in der Landwirtschaft, dafür Stundenlohn
- Senkung der HO-Preise
- Hebung des allgemeinen Lebensstandards

Bei der Ausarbeitung der Resolution mussten der Politleiter sowie der Leiter der MTS und der 1. Sekretär den Raum verlassen. Später zog die Kreisleitung diese Personen dafür zur Verantwortung.⁴²

Das Vorgehen der Einsatzkräfte

Wie an verschiedenen Beispielen bereits beschrieben, erfolgten die Reaktionen nach einem ablaufenden Muster. Zuerst kamen die Meldungen aus den Betrieben an die Polizei oder die Kreisleitung der SED. Diese informierten sofort die übergeordneten Stellen, nämlich die BDVP Halle bzw. die Bezirksleitung der SED. Des Weiteren erhielten die sowjetischen Kommandanturen sowie das MfS Bescheid. Nur mit Hilfe der sowjetischen Kräfte konnte der Aufstand niedergeworfen werden.

Eine Einschätzung, die der VP-Inspekteur Z. im Bezirk Halle zu den Ereignissen des 17. Juni abgegeben hat, gibt Auskunft darüber, dass der Aufstand überraschend gekommen ist, Kräfte nicht vorbereitet gewesen sind und eine sofortige Unterstützung durch die Partei gefehlt hat. In dem Bericht stellte er fest, dass es am Vormittag des 17. Juni eine konkrete Einschätzung und die Erkenntnis gab, dass es sich um eine

⁴² ebenda

„faschistische“ Provokation handele. Die Leiter der Volkspolizeikreisämter (VPKA) erhielten die Anweisung, ihre Kräfte zu konzentrieren und zunächst nicht gegen Massendemonstrationen vorzugehen. Allerdings sollten Objekte, wie die Volkspolizeikreisämter gesichert und wenn notwendig, auch mit Waffengewalt verteidigt werden.⁴³

Gegen 11:00 Uhr des 17. Juni nahm man Kontakt zur Kasernierten Volkspolizei (KVP) auf, denn man hatte eingeschätzt, dass die Kräfte der Deutschen Volkspolizei die Lage nicht mehr beherrschten.

Zuerst wurden nur wenige Züge der KVP-Einheiten eingesetzt, die zwar mit Karabinern, aber ohne Munition ausgerüstet waren.⁴⁴ In den Kreisen bildete man Einsatzstäbe, die sich aus den Verantwortlichen der Kreisleitungen der SED, der Volkspolizeikreisämter, den Dienststellen des Mfs, den Kreisräten und, wenn möglich, der KVP zusammensetzte. Gemeinsam mit der KVP sollten wesentliche Objekte, wie z. B. die Volkspolizeikreisämter, die Kreisleitungen der SED, Kreisratsgebäude, die Post, Elektrizitätswerke, Bahnhofsanlagen sowie die Redaktionen der Tageszeitung „Freiheit“ vor unberechtigten Eindringlingen geschützt werden. Jetzt erfolgte auch die Anordnung (vom Chef der BDVP), dass von der Schusswaffe Gebrauch zu machen war, insbesondere dann, wenn Aufständische in die Volkspolizeikreisämter eindringen wollten. Zuerst sollten Warn-, dann aber auch Zielschüsse abgegeben werden, wenn der Widerstand nicht anders zu brechen war.⁴⁵ Einige Amtsleiter, so z. B. in Bitterfeld, Merseburg und Eisleben führten den Befehl, die VP-Objekte mit Waffengewalt zu verteidigen, nicht aus.⁴⁶ Das Ascherslebener Polizeirevier wurde übrigens nicht von Demonstranten besetzt, das passierte aber in anderen Städten. Im Bericht des Chefs der BDVP heißt es sinngemäß: Einige Amtsleiter versäumten, die ihnen zur Verfügung stehenden Waffen zu benutzen und rücksichtslos anzuwenden. Der größte Teil der Offiziere und Wachtmeister verhielt sich dagegen diszipliniert und zeigte große Dienstfreudigkeit.⁴⁷ Dafür gab es später Beförderungen, Ehrenzeichen, Geldprämien und Sonderurlaub. Die VP-Angehörigen, die „unkonsequent“ ihren Dienst verrichteten, wurden disziplinarisch zur Verantwortung gezogen. Die Strafen reichten von der Verwarnung, Verweis, Hausarrest, Zurückstufungen bis zur Entlassung aus dem Polizeidienst.⁴⁸

⁴³ LA Merseburg, Archivgut des MdI, Bestand Nr. 19, BDVP Halle, Band 075, Blatt 11

⁴⁴ ebenda, Blatt 13

⁴⁵ a. a. O., Band 073, Blatt 152

⁴⁶ a. a. O., Band 075, Blatt 13

⁴⁷ ebenda, Blatt 20

⁴⁸ ebenda, Blatt 44 ff.

Nach Einschätzung der BDVP Halle gelang es der Polizei und anderen Staatsorganen und der Leitung der Partei in höchst ungenügendem Maße, der entstandenen Lage Herr zu werden.⁴⁹

Der Volksaufstand im Juni 1953 wurde, wie schon erwähnt, mit Hilfe der sowjetischen Panzer niedergeschlagen. Die Regierung und die Partei beobachteten von da ab, wie sich die Stimmungslage in der Bevölkerung entwickelte.

Das ZK der SED hatte dazu die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen angewiesen, Erkundungen einzuziehen. Es wollte z. B. wissen, was die Arbeiter zum damaligen Zeitpunkt dachten, welche Hauptsorgen sie hatten, was sie sich wünschten, was die Ehefrauen sagten, was diese besser haben möchten usw. Dazu sollten Mitarbeiter der Bezirksleitung die Familien persönlich aufsuchen, sich im Bekanntenkreis erkundigen und in Lokale gehen und Gespräche hören.⁵⁰

Beurteilung des Aufstandes vom 17. Juni durch die DDR-Führung

Die Tageszeitung „Freiheit“ veröffentlichte am 18. Juni eine Erklärung der Regierung der DDR. Darin wird behauptet, dass die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung von faschistischen und anderen reaktionären Elementen in Westberlin mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung beantwortet wurden.

Die Unruhen seien das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen.⁵¹ Auffällig ist, dass die Regierung das Attribut faschistisch dem Aufstand beordnete. Auch in den Akten findet sich diese Vokabel, z. B. Arbeiter stellten faschistische Forderungen.

Die DDR-Machthaber setzten das Wort Faschismus gleich mit Kapitalismus und den negativen Erfahrungen, die das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus machte. So assoziierte man den Faschismus mit Krieg, Tod, Terror, Verlust der Heimat, Hunger. Das lehnte die Bevölkerung im Allgemeinen ab. Nun wird der Bogen weiter gespannt, denn nach DDR-Lesart gehören Faschismus und kapitalistisches System zusammen. Folglich ist der Kapitalismus schlecht, steht der Gesellschaftsordnung des

⁴⁹ a. a. O., Band 075, Blatt 13

⁵⁰ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. P 13, Nr. IV/2/20/51, S. 7

⁵¹ Mitteldeutsche Tageszeitung „Freiheit“, 8. Jg., Nr. 139, S. 1

Sozialismus konträr gegenüber. Die Forderungen der Werktätigen waren nicht mit der sozialistischen Ordnung vereinbar, also faschistisch. Außerdem hatte man so einen Sündenbock gefunden, der für das eigene Versagen herhalten musste.

In der weiteren Folge lernte das DDR-System aus den Ereignissen des 17. Juni. Der Staatsaufbau wurde konsequent vorangetrieben, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse gebildet, die Bevölkerung bespitzelt sowie die Grenzen fest gesichert, aber das Trauma des 17. Juni wirkte bis zum Oktober 1989.

Der Aufstand wurde als faschistischer Putschversuch eingeordnet, das soll zeigen, dass es nur ein Versuch war, dass der Klassengegner sein Ziel nicht erreicht hatte.

Wie eingangs schon erwähnt, waren die Ereignisse um den 17. Juni 1953 zwar im Volk nicht vergessen, aber für die DDR-Geschichtsbetrachtung spielten sie kaum eine Rolle und so sprach man im Geschichtsunterricht der DDR kaum bzw. ideologiegebunden über diese zwei Tage, die so vielen Hoffnung gemacht hatten.

1983 gab die Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Vereinigte Soda-Werke „Karl Marx“, Bernburg-Staßfurt (ehemals Soda-Werke „Oelßner“) eine Schrift zur hundertjährigen Geschichte heraus. Darin wird Folgendes zum 17. Juni 1953 vermerkt.

„Die Belastungsproben vom Sommer 1953 waren bestanden. Die von westdeutschen Imperialisten beabsichtigte Zerschlagung der DDR wurde vereitelt. Noch bevor in Westdeutschland die Erkenntnis heranreifte, daß die DDR weder frontal von außen noch durch ‚inneres Aufweichen‘ zu beseitigen ist, bereiten sich auch die Soda-Werke auf eine friedliche Schlacht an der Front der Wirtschaft vor.“⁵²

Es sollte noch sechs Jahre dauern, ehe ein neuer deutsch-deutscher Anfang erfolgen konnte.

Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, dass wir uns mit dem Ereignis des 17. Juni auseinandersetzen, der in der gemeinsamen Geschichte ein Hoffnungspunkt für alle demokratisch denkenden Menschen war.

⁵² „Von der Buckauer zum Volkseigenen Betrieb „Karl Marx“. Aus der 100-jährigen Geschichte des Soda-Werkes in Staßfurt, hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Vereinigte Soda-Werke „Karl Marx“ Bernburg-Staßfurt, S. 41

Impressum:

Der 17. Juni 1953

Autor: Karin Trilck

Textbearbeitung: Carolin Günzel

Gestaltung,

Layout und Herstellung: Medienzentrum der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt
an der
Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt
Schmidtmanstraße 86
06449 Aschersleben

Erscheinungsjahr: 2003

Auflage: 300